



# Newsletter

## Stefan Weber, MdL

MÄRZ  
19

2019

### **Liebe Genossinnen und Genossen,**

Datenklau-Attacken auf Behörden und prominente Personen haben das Thema Cybersicherheit neuerlich wieder in den Fokus gerückt. Anfang des Jahres hatte ein Hacker über ein Twitter-Konto massenhaft private Handynummern und Chat-Verläufe veröffentlicht.



Rund 1.000 Politiker, Prominente und Journalisten waren betroffen, darunter auch Spitzenpolitiker aus Schleswig-Holstein. Tatverdächtig ist ein 20-jähriger Mann aus Hessen. Bei seiner Vernehmung sagte er nach Angaben des Bundeskriminalamtes, er habe Menschen bloßstellen wollen, über deren öffentliche Äußerungen er sich geärgert habe. Der 20-Jährige, der Anfang Januar geschnappt werden konnte, soll nur einen Teil der Daten durch eigene Hacker-Angriffe erbeutet haben. Weitere Zugangsdaten zu den geleakten Social-Media-Konten der Geschädigten soll der Beschuldigte im Darknet, einem verborgenen Teil des Internets, gekauft haben. Gegen ihn wird wegen des Verdachts der Ausspähung von Daten und Datenhehlerei ermittelt. Im Landtag wurde in der Januarsitzung 2019 in diesem Zusammenhang über einen mündlichen Bericht zur Cybersicherheit in Schleswig-Holstein debattiert.

In meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass nach dem Bundeslagebericht 2017 des Bundeskriminalamtes zum Cybercrime polizeiliche Ermittlungsergebnisse darauf hindeuten, dass sich Täter im Bereich Cybercrime zunehmend professionalisieren, indem sie sehr flexibel auf aktuelle technische Rahmenbedingungen reagieren. Mit zunehmender Digitalisierung erhöht sich die Anfälligkeit digitaler Infrastrukturen bei Cyberattacken.

Im September 2018 warnte der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik vor Hackerattacken auf die deutsche Energiebranche. Energieversorger registrieren täglich Attacken. Es wird bewusst versucht, die Systeme zu infiltrieren, um später vielleicht wirklich Kraftwerke oder Netze lahmzulegen.

Bislang ist es Hackern noch nicht gelungen, Kraftwerke oder Stromnetze in Deutschland ernsthaft zu attackieren. Richtig ist, daher die Kompetenzen auszuweiten, für bessere Aufklärung zu sorgen. Die Rede ist im Newsletter aufgeführt.

Euer Stefan Weber

## **Aus dem Plenum**

### **Keine Abschiebehaft für Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche inhaftieren? Unter Juristen ist diese Praxis umstritten. Nach Ansicht von Katharina Bork, Neue Richtervereinigung, verstößt nicht nur eine getrennte Unterbringung von Eltern und Kindern gegen Mindeststandards des höherrangigen europäischen Rechts. „Der Landesgesetzgeber kann auch für besonders schutzbedürftige Personengruppen die Unterbringung in einer Abschiebehaftanstalt sehr wohl ausschließen.“

Die SPD setzt sich dafür ein, dass in der in Glückstadt geplanten Abschiebehaftereinrichtung keine Minderjährigen untergebracht werden. Am 30. Januar 2019 hatte der Innen- und Rechtsausschuss des Landestages Schleswig-Holstein Fachleute zur Anhörung gebeten. Das Ergebnis, ein Desaster für Jamaika. Vom Flüchtlingsbeauftragten über die beiden Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden bis zur Polizeigewerkschaft GdP herrschte breite Ablehnung. Kinder und Minderjährige gehören nicht in Haft. Schleswig-Holstein könnte Vorreiter für humanitäre Flüchtlingspolitik werden.

### **Wolfsdiskussion**

Seit einigen Jahren tauchen immer wieder Wölfe auch in Schleswig-Holstein auf. Auf der einen Seite gibt es Freude darüber, dass eine Wiederansiedlung des Wolfes gelingt. Auf der anderen Seite gibt es Ängste und Befürchtungen, insbesondere bei Nutztierhaltern.

Der Umwelt- und Agrarausschuss griff diese Thematik im Dezember 2018 auf, um sich vertieft zu informieren. Es war eine sachliche und ehrliche Debatte über den Umgang mit Wölfen. Während im Umwelt- und Agrarausschuss die große Anhörung stattfand, demonstrierten rund 200 Wolfsgegner am Landeshaus. Angehört wurden verschiedene Institutionen sowie Expertinnen und Experten. Die Anhörung war öffentlich. Nach Angaben des Wolfsbetreuers Björn Schulz wurden 2018 im Land vier verschiedene Wölfe genetisch nachgewiesen. Insgesamt seien 67 Schafe in Schleswig-Holstein von den Raubtieren gerissen worden, so Schulz.

Wolfsbetreuer werden vom Umweltministerium eingesetzt, informieren über den Wolf und überprüfen und dokumentieren Risse. „Wir sind noch am Anfang zu lernen, wie sich die Wölfe bei uns im Land verhalten“, betonte Schulz. Ziel sei es, Regionen für Wölfe unattraktiv zu machen. Einzelne Tiere zu erlegen, helfe nicht weiter. Besorgt zeigten sich Vertreter von Jagd-, Bauern- und Nutztierverbänden. „Der Wolf greift massiv in die Wildbestände ein – das können wir in keiner Weise unterstützen“, machte Andreas-Peter Ehlers vom Landesjagdverband deutlich. Jäger stünden der unkontrollierten Ausbreitung skeptisch gegenüber. „Nicht der Mensch muss lernen mit dem Wolf umzugehen, sondern der Wolf muss lernen mit dem Menschen zu leben“, so Ehlers.

Ann Kristin Montano vom Naturschutzverband BUND warnte davor, Weidehaltung und Naturschutz gegeneinander auszuspielen. Weidetiere, Wolf und Mensch müssten friedlich zusammenleben können. Abschüsse seien kein Ersatz für Herdenschutz. Die Schafhalter stünden selbst in der Verantwortung, ihre Tiere so weit wie möglich zu schützen, sagte Fritz Heydemann vom Nabu. Im Übrigen sei aufgrund der natürlichen Gegebenheiten und der Verkehrsdichte keine großflächige Besiedlung von Wölfen im Land zu erwarten. Trotz unterschiedlicher Meinung zum Wolf fiel die Anhörung im Agrarausschuss sachlich aus. Von klarer Ablehnung des Wolfes bis zur Forderung, der Mensch müsse lernen, mit dem Raubtier zu leben, reichte das Spektrum der Meinungen. Dieses Thema wird uns sicher noch weiter beschäftigen.

### **Fridays For Future**

Seit Wochen streiken Schüler während der Unterrichtszeit und protestieren gegen den Klimawandel. Dafür protestierten auch am Freitagvormittag, am 15. Februar etwa 80 Schüler vor dem Kieler Landeshaus. Lautstark, denn sie wollten sich Gehör verschaffen, ein positiver Beitrag zur öffentlichen Debatte. „Wir wollen politisierte Schüler. Wir wollen junge Menschen, die sich interessieren und sich einmischen“ – „und das auch innerhalb der Schulzeit“, erklärte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat. Der Einsatz der Jugendlichen „ist gelebte politische Bildung“, heißt es in einem Antrag, der gemeinsam mit einem Vorstoß zur nachhaltigen Bildung diskutiert wurde. Wir vertrauen darauf, dass die Schulen das Thema Klimawandel, die Notwendigkeit politischen Engagements sowie die Möglichkeiten und Konsequenzen des Streiks im Unterricht gründlich vor- und nachbereiten und dass die Schülerinnen und Schüler aus freien Stücken streiken.

Die Bewegung „Fridays for Future“ geht auf die 16-jährige Greta Thunberg, zurück. Die in Stockholm lebende Schülerin bestreikt seit August vergangenen Jahres jeden Freitag die Schule, um die Politik in Schweden für einen weltweit stärkeren Einsatz gegen das Aufheizen der Erde aufzufordern. Inzwischen streiken nach ihrem Vorbild international Tausende Mädchen und Jungen die Schule und gehen bei Großdemos auf die Straße.

Die SPD Landtagsfraktion, sowie Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) wollen sich im März mit den seit Wochen für eine bessere Klimapolitik streikenden Schülern treffen. Kämpfer hat die Jugendlichen ins Rathaus eingeladen und die Fraktion lädt landesweit zu einem Gespräch am Freitag, den 22.3.19 um 14.00 Uhr ins Landeshaus, ein guter Ansatz.

## **Windenergie**

Die erste Landtagssitzung im neuen Jahr 2019 begann mit einer von der SPD eingebrachten Aktuellen Stunde zum Ausbau der Windenergieplanung, nachdem die Landesregierung eine Woche zuvor angekündigt hatte, dass es wegen der vielen Einsprüche einen dritten Planentwurf geben werde. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitze der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner: „Der wahre Grund der Koalition, die Windplanungen der Vorgängerregierung über den Haufen zu werfen, waren die im wahrsten Sinne des Wortes windigen Wahlversprechen Daniel Günthers. Jeder konnte wissen, dass diese unhaltbar sind. Trotzdem hatten weder Grüne, noch FDP den Mut, die CDU nach der Wahl zu stoppen.“ Nun schlittert die Koalition mit ihrer Hinhaltenaktik in rechtliche Grauzonen, riskiert im schlimmsten Fall den Windrad-Wildwuchs und erweist damit den Menschen, die sich Sorgen über Windkraftanlagen vor ihrer Haustür machen einen Bärendienst. Die einzige Antwort der Koalition sind Ausnahmegenehmigungen, die mit der Gießkanne verteilt werden sollen, mehr Unsicherheit und weniger Planbarkeit sind kaum möglich. Die Rede von Ralf Stegner kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/m7k-web-redesign-testversion-fa-avit/iframe.php?wp=5&tg=91&sg=255&fn=alle&rd=270&suche=&b=21554>

## **Zur Neugestaltung der Oberstufe**

Zum Schuljahr 2008/09 wurde in Schleswig-Holstein die Profileroberstufe eingeführt. Der Wechsel vom Kurssystem zu Profilklassen hat sich nicht durchgehend als Erfolg erwiesen. Zuweilen ist unklar, warum bestimmte Fächer eigentlich dem Profil zugeordnet werden, eine intensive Ausrichtung aller beteiligten Fächer auf das Profil ist nicht die Regel.

Die SPD wünscht sich mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Möglichkeiten zur individuellen Schwerpunktsetzung und mehr Eigenverantwortung für die Schülerinnen und Schüler. Zum Diskussionsprozess über die Neugestaltung der Oberstufe an den weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein erklärt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Der von der Landesregierung gewählte Zeitpunkt für eine Diskussion über die Neugestaltung der Oberstufe ist günstig. Der doppelte Abiturjahrgang an den Gymnasien hat die Schulen 2016 verlassen. Bis die neuen G9-Jahrgänge in einigen Jahren die Oberstufe erreicht haben, besteht die Chance, nicht einfach zum alten G9-System zurückzukehren, sondern die Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und beruflichen Gymnasien neu und besser aufzustellen. Wir wünschen uns einen breiten Diskussionsprozess zur Neugestaltung der Oberstufe. Das umfasst eine Beteiligung von Schulen -mit Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern- sowie Hochschulen ebenso wie Debatten im Landtag und im Bildungsausschuss des

Landtags.“ Wichtig sind uns aus Sicht der Schülerinnen und Schüler vor allem die Stärkung der Wahlmöglichkeiten, die auch individuelle Wiederholungen oder Vertiefungen beinhalten, die Idee vom ‚Abitur im eigenen Takt‘ und der zusätzliche Raum für Praktika, Auslandsaufenthalte und projektorientierten Unterricht. Für die Lehrkräfte wünschen wir uns bei einer Rückkehr zum Tutorensystem feste Tutorenstunden, die auf die Unterrichtsverpflichtung angerechnet werden.

## **Brexit**

Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wird in Schleswig-Holstein zu einem immer drängenderen Thema. Und er betrifft eben nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Schulen, Initiativen, Vereine, Hochschulen, Kommunen und zahllose Bürgerinnen und Bürger, die Verbindungen nach Großbritannien haben. Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion einen Brexit-Beauftragten für Schleswig-Holstein. Dazu erklärt der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner: „Wir leben in einer Zeit, in der das, was politisch undenkbar ist, beinahe im Wochentakt neu definiert werden muss. Für das Vereinigte Königreich gilt das im Besonderen. Debatten, wie wir sie heute im Unterhaus verfolgen, wären noch vor kurzem nicht vorstellbar gewesen. Ebenso wenig eine konservative Premierministerin, die ohne parlamentarische Mehrheit von den Hardlinern in ihrer eigenen Fraktion vorgeführt wird. Und niemand kann in dieser Situation seriös voraussagen, was in den kommenden Wochen passiert. Klar ist, dass die Option des unregulierten Brexits weiter auf dem Tisch liegt. Nach den letzten Äußerungen der Premierministerin erscheint er sogar als der wahrscheinlichste Ausgang eines traurigen Dramas.“

Die derzeitige Hängepartie stellt zahlreiche Bürgerinnen und Bürger vor große Unsicherheiten: Familienbesuche und Urlaube, Studienaufenthalte oder Schulaustausche. Schon jetzt ließe sich die Liste weit fortsetzen, viele Probleme werden sich erst in der Praxis zeigen. Das ist eine Situation, in der Politik sich nicht wegducken darf und überall Verantwortung wahrnehmen muss.

## **Rede und Pressemitteilungen**

### **Rede von Stefan Weber am 24. Januar 2018 zu TOP 25: Mündlicher Bericht zur Cybersicherheit, Drs. 19/1163**

Sehr geehrter Herr Präsident!

meine Damen und Herren!

Ich danke Minister Albrecht für seinen Bericht, auch über seine Einschätzung das nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität von Hackingangriffen zunimmt. Nach dem Bundeslagebericht 2017 des Bundeskriminalamtes zum Cybercrime deuten polizeiliche Ermittlungsergebnisse daraufhin, dass sich Täter im Bereich

Cybercrime zunehmend professionalisieren, indem sie sehr flexibel auf aktuelle technische Rahmenbedingungen reagieren.

Cybercrime-Täter begehen heute nicht mehr ausschließlich Straftaten im digitalen Raum, sondern bieten auch die zur Begehung von Straftaten erforderliche Schadsoftware oder komplette technische Infrastrukturen in der im Internet bestehenden kriminellen Schattenwirtschaft an. Mit zunehmender Digitalisierung erhöht sich die Anfälligkeit digitaler Infrastrukturen bei Cyberattacken.

Angreifern stehen immer leistungsfähigere Methoden zur Verfügung. Vereinfachte Prozesse ermöglichen Kriminellen, Angriffe auf digitale Systeme effektiv zu gestalten. Gut zu hören, dass unsere Verwaltung durch den länderübergreifenden Anbieter Dataport abgesichert ist. Aber wie sieht es mit anderen sensiblen Einrichtungen aus?

Missbräuchliche Eingriffe z.B. in die Energieinfrastrukturen sind eine Bedrohung. Besonders gefährlich wird dies in Bereichen, deren Ausfall nachhaltige Versorgungsengpässe oder erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit zur Folge haben.

Cyberangriffe gehen nicht immer direkt in das Stromnetz. Cyberangriffe benutzen häufig Umwege. Hacker greifen dann nicht unbedingt direkt Kraftwerke oder Stromnetze an, sondern schleichen sich über die Bürokommunikation ein – und arbeiten sich Schritt für Schritt zur kritischen Infrastruktur vor. Wie gut die Energiebranche geschützt ist, ist oft von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich.

Bei kleinen Stadtwerken ist der Schutz oft verbesserungswürdig. Da kann es vorkommen, dass sich der IT-Beauftragte häufig nur nebenbei um das Thema kümmert. Ja, da haben Sie Recht Herr Albrecht, hier aber auch in vielen Bereichen brauchen wir Spezialisten und sehr gut ausgebildetes Personal. Aber die Bedrohungen sind keineswegs nur theoretisch.

Bereits 2015 gelang es einer Hackergruppe, das Stromnetz in Teilen der Ukraine lahmzulegen.

Dabei nutzten die Angreifer Phishing-E-mails mit fingierten Excel- und Word-Dokumenten, die an Mitarbeiter bei Netzbetreibern gerichtet waren. Beim Öffnen der Dateien installierte sich eine Malware, die wichtige IT-Systeme zur Netzsteuerung unter ihre Kontrolle brachte.

Mit dem Aufbau intelligenter Stromnetze wird die Gefahr von Hackerangriffen weiter steigen, denn immer mehr Einheiten sind in Smart Grids mit dem Internet verbunden. Damit wächst die Zahl möglicher Angriffspunkte. Smart-Grids, das sind intelligente Stromnetze, die Erzeugung, Speicherung und Verbrauch kombinieren können. Das bedeutet, dass in einem Smart-Grid nicht nur Energie, sondern auch Daten transportiert werden, sodass Netzbetreiber in kurzen Abständen Informationen zur Energieproduktion und -verbrauch erhalten.

Im September 2018 warnte der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik vor Hackerattacken auf die deutsche Energiebranche. Energieversorger registrieren täglich Attacken. Es wird bewusst versucht, die Systeme zu infiltrieren, um später vielleicht wirklich Kraftwerke oder Netze lahmzulegen.

Bislang ist es Hackern noch nicht gelungen, Kraftwerke oder Stromnetze in Deutschland ernsthaft zu attackieren. Richtig ist, daher die Kompetenzen auszuweiten, für bessere Aufklärung zu sorgen und hochqualifiziertes Personal vorzuhalten, daran werden wir Sie und die Landesregierung messen. Hier müssen Taten folgen.

Auch in der Gesundheitsversorgung gibt es Risiken im digitalen Bereich. Hier kann die Digitalisierung zwar zu einer qualitativ hochwertigen und finanzierbaren Gesundheitsversorgung beitragen, aber sie schafft mit zunehmender Technologisierung immer mehr Angriffspunkte. Gleiches gilt auch für Privatwirtschaft und in der Zivilgesellschaft.

Meine Damen und Herren. Wir brauchen nicht nur verbesserte Geräte mit eingebautem Datenschutz, wir brauchen in unseren Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, sowie den Behörden des Landes, ein professionelles Sicherheitsmanagement, das gegen die täglichen Herausforderungen von Cyberangriffen gewappnet ist.

Dies ist eine Aufgabe, der sich die Beteiligten jeden Tag neu stellen müssen und nicht nur dann, wenn Personen des öffentlichen Lebens oder der Politik betroffen sind, sondern auch damit alle Bürgerinnen und Bürger Informations- und Datensicherheit genießen können.

Die Rede von Stefan Weber kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/m7k-web-redesign-testversion-fa-avit/iframe.php?wp=5&tg=91&sg=256&fn=alle&rd=380&suche=&b=21699>

**Pressemitteilung. Kiel 08. Januar 2019. Zum Pfandsystem für Coffee-to-go Becher erklärt der der SPD-Landtagsabgeordnete Stefan Weber: „Wir müssen anfangen, unnötige Müllproduktion zu stoppen.“**

„Ein Pfandsystem für Coffee-to-go Becher ist ein erster guter Schritt, um Müll zu vermeiden und so das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher für unsere Umwelt zu ändern. Wir müssen Ressourcenverschwendung stoppen!“

Die SPD-Landtagsfraktion findet das Project [„Recup“](#) sehr sinnvoll und wünscht sich weitere Initiativen in diesem Bereich.

„Wir müssen anfangen, unnötige Müllproduktion zu stoppen. Die Initiative „Recup“ zeigt wie es gehen kann. Es ist zwar nur eine kleine Maßnahme, aber schon diese

spart jährlich enorm viel Müll ein.“, sagt Stefan Weber von der SPD-Landtagsfraktion. Die Initiative wurde in Lübeck ins Leben gerufen und will unnötige Müllproduktion durch den Einsatz von Mehrwegbechern verhindern. Während bisherige Coffee-to-go Becher nach einmaliger Benutzung weggeworfen werden, setzt „Recup“ auf wiederverwertbare Becher.

„Es ist liegt noch viel Arbeit vor uns. Wir wollen, dass das Thema auf der Agenda bleibt und werden es weiterhin konstruktiv begleiten!“, so Weber weiter.

### **Kein Grenzzaun zwischen Dänemark und Deutschland – Symbolpolitik ohne Wirkung.**

**Pressemitteilung. Kiel 28. Januar 2019. Der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Stefan Weber** erklärt zum Baubeginn des Zaunes zwischen Deutschland und Dänemark:

„Um sich vor der Afrikanischen Schweinepest (ASP) zu schützen, hat die Regierung in Dänemark einen 70 km langen, 1,50 m hohen Stahlmattenzaun zwischen Nord- und Ostsee in Auftrag gegeben. Dieser Vorgang ist als Symbolpolitik ohne Wirkung zu sehen. Der Zaun wird keinen Eber und auch keine Bache davon abhalten, von Deutschland nach Dänemark und zurück zu kommen. Da der Zaun nicht durchgängig geschlossen ist und Wildschweine gut schwimmen können, werden sie Lücken in diesem Bauwerk nutzen können. Die Übertragung der ASP zwischen einzelnen Ländern wird außerdem überwiegend durch den Menschen verursacht. Verseuchte Lebensmittel aus Schweinefleisch, die arglos weggeworfen und dann von Wildschweinen gefressen werden, sind eher als Verursacher zu sehen als grenzüberschreitende Schwarzwildbestände.

Die für den Bau geplanten rund 10 Millionen Euro sollte die dänische Regierung lieber in die Forschung und die Wildhege stecken. Warum also dieses wirkungslose Bauwerk? Will die dänische Regierung hier unter dem Vorwand, sich vor der Afrikanischen Schweinepest zu schützen, eine harte Grenze innerhalb Europas hochziehen? Ein Schelm, wer dabei etwas Böses denkt. Überall diskutieren wir in diesen Wochen über die Vorzüge eines offenen Europas und den Abbau von grenzüberschreitenden Barrieren. Auch vor diesem Hintergrund ist die Errichtung dieses Zaunes zu kritisieren.“

**Kiel 31. Januar 2019. Zur Ausnahmegenehmigung für die Entnahme des Wolfes GW924m** erklärt die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann:

„Die Abschussgenehmigung ist in diesem Fall leider notwendig. Sie darf aber nach wie vor nur die letzte Konsequenz sein, wenn alle möglichen Schutzmaßnahmen zuvor nicht gegriffen haben. Deshalb ist es wichtig, dass Schafhalter ihrer Verantwortung gerecht werden und ihre Schafe mit einem Zaun entsprechend schützen. Der Wolf hat seinen Platz in der Natur. Er ist eine streng geschützte Art.



Es muss unser oberstes Ziel sein, Weidetierhaltung und Wolf zu ermöglichen. Artenschutz und die Wahrung der Interessen unserer Schäfer schließen einander nicht aus.“

**Kiel 14. Februar 2019.** Zum TOP 27 „Humanitäre Grundsätze der Flüchtlingspolitik auch in der Gesetzgebung zur Abschiebungshaft erhalten“ erklärt die stv. Vorsitzende und flüchtlingspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Ich hatte nach den Beiträgen in der Anhörung zum Abschiebungshaftgesetz wirklich die Hoffnung, dass wir heute zu einer gemeinsamen Position kommen können, um damit die von Jamaika auch nicht gewünschte Inhaftierung von Kindern in Abschiebungshaft endlich unmöglich zu machen. Auch habe ich geglaubt, dass wir – bei allen Unterschieden in der Frage der Abschiebungshaft – zumindest in einer so elementaren humanitären Frage mit einer Stimme sprechen können. Und ich hätte mich ehrlich darüber gefreut, heute mit den Regierungsfractionen gemeinsam ein starkes Signal der Humanität und des Kinderschutzes aussenden zu können. Die Bundesratsinitiative zu starten, Kinder und Minderjährige aus dem Aufenthaltsgesetz zu streichen, hätte diesem Parlament gut zu Gesicht gestanden. Schade, dass CDU, FDP und Grüne dem nicht gefolgt sind.“

Redaktion: Michael Schmidt – Kiel / Kaltenkirchen